



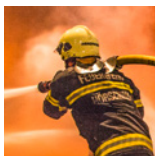
Während alle anderen Bundesländer negative Finanzierungssalden aufweisen, ist das Land ob der Enns mit plus fünf Millionen Euro das einzige Bundesland mit einem positiven Maastrichtsaldo.

Seite 3

Nur Oberösterreich schafft positiven Saldo

FEUERWEHR

Mehr Unterstützung für Feuerwehren



LRⁱⁿ Langer-Weninger will erreichen, dass Einnahmen von Feuerwehrleistungen künftig zur Gänze bei den Feuerwehren bleiben.

Seite 2

INFRASTRUKTUR/MOBILITÄT

Wildwarner für den Bezirk Rohrbach

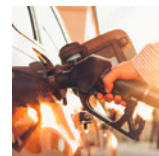


Im Bezirk Rohrbach wurden akustische und optische Wildwarner installiert. Dies aktivieren durch Töne und Licht Warnsignale.

Seite 7

KONSUMENT/INNENSCHUTZ

Preisaufsicht kontrolliert Tankstellen



Bei 171 Tankstellen gab es keine Beanstandungen. Auch die Meldungen an den Spritpreisrechner waren aktuell.

Seite 9

Spatenstich für das neue Hospiz in Thalheim

Fünfter Standort soll wohnortnahe Betreuung schwerkranker Menschen sichern

„Mit dem Hospiz schaffen wir einen weiteren Ort, an dem Menschlichkeit, Würde und Zuwendung im Mittelpunkt stehen.“

LH-Stv.ⁱⁿ Christine Haberlander

In Thalheim entsteht ein neues Hospiz und damit ein weiterer wichtiger Baustein für die Versorgung schwerkranker Menschen im Bundesland. Zehn Jahre nach der Gründung der St. Barbara Hospiz GmbH wird in einem ehemaligen Schwesternheim der Kreuzschwestern Europa Mitte der fünfte Standort errichtet.



Gesundheits-Ref.ⁱⁿ LH-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Christine Haberlander (3.v.li.) beim Spatenstich.

Foto: fotokerschi.at

Geplant sind acht stationäre Plätze sowie sechs Tagesplätze. Die Inbetriebnahme ist für das erste Halbjahr 2027 vorgesehen. Mit dem Ausbau wird das Angebot für Menschen in ihrer

letzten Lebensphase weiter verbessert und wohnortnaher gestaltet. Standorte gibt es bereits in Linz, Ried und Vöcklabruck, der Standort in Steyr wird noch heuer eröffnet. Das Hospiz soll

neben professioneller Pflege und medizinischer Betreuung vor allem eines bieten: menschliche Begleitung und ein würdevolles Umfeld. Auch Angehörige werden unterstützt und entlastet.

Die Feuerwehren bekommen künftig stärkere finanzielle Unterstützung

Die zuständige Landesrätin Michaela Langer-Weninger will mit einer Novellierung des Landesgesetzes unter anderem erreichen, dass Einnahmen von Feuerwehrleistungen künftig

direkt bei den Feuerwehren bleiben.

Mit März ist die Novelle des Oö. Feuerwehrgesetzes in Begutachtung gegangen. Ziel der Reform ist, die Einsatzbereit-

schaft der freiwilligen Feuerwehren zu sichern und klare Regeln für interne Konflikte zu schaffen. Wann das Gesetz im Landtag beschlossen wird, ist noch offen.

- Künftig sollen Einnahmen aus Leistungen wie Lotsen- oder Parkplatzdiensten direkt bei der jeweiligen Feuerwehr verbleiben. Bisher floss ein Teil der Gelder an die Gemeinden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Mittel dort ankommen, wo die Leistung erbracht wird – etwa für Ausrüstung und Ausbildung.
- Auch die Handlungsfähigkeit soll gestärkt werden. Kommandos können bei grobem Fehlverhalten künftig kurzfristig abgesetzt werden, um Streitfälle zu vermeiden. Interne Konflikte dürfen sich nicht auf die Handlungsfähigkeit der Mannschaft auswirken.
- Weitere Punkte der Novelle betreffen die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren und den Schutz der Privatsphäre bei Einsätzen.



LRⁱⁿ Michaela Langer-Weninger, PMM.

Foto: Land OÖ/Tina Gerstmaier

Oberösterreich ist das einzige Bundesland mit positivem Saldo

LH Stelzer: „Diese Zahlen sind ein klarer Beleg dafür, dass sich unser Weg auszahlt.“



Finanz-Ref. LH Mag. Thomas Stelzer.

Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

Die von der Statistik Austria präsentierten Zahlen zu den öffentlichen Finanzen zeigen klar: Österreichs Budgetdefizit bleibt mit 4,2 Prozent des BIP weiterhin deutlich über der Maastrichtgrenze. Insgesamt lag das gesamtstaatliche Defizit 2025 bei 21,5 Milliarden Euro.

Klare Unterschiede im Bundesländervergleich

Im Bundesländervergleich ergibt sich jedoch ein klares Bild – und ein starkes Signal aus Oberösterreich: Während alle anderen Bundesländer negative Finanzierungssalden aufweisen, ist das Land ob der Enns mit plus fünf Millionen Euro das einzige Bundesland mit einem positiven Maastrichtsaldo. „Die solide Finanzpolitik und klare Prioritätensetzung funktionieren“, betont Finanzreferent Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer.

„Politik heißt, Chancen für die Zukunft zu schaffen – ohne kommende Generationen mit Schulden zu belasten.“

LH Thomas Stelzer

Und er ergänzt: „Wir stehen für eine Politik mit Maß und Ziel: investieren, wo es richtig ist – etwa in Kinderbetreuung, Infrastruktur und in den Wirtschaftsstandort – und achten gleichzeitig konsequent auf die Budgetdisziplin. Genau dieser Zugang macht Oberösterreich krisenfest und zukunftsfit. Oberösterreich zeigt, dass wirtschaftliche Stärke und solide Haushaltsführung kein Widerspruch sind – im Gegenteil: Sie bedingen einander. Wer heute

verantwortungsvoll wirtschaftet, schafft Spielräume für morgen.“

Es ist momentan mehr Geld vorhanden als prognostiziert. So liegen die Einnahmen durch Ertragsanteile in den ersten drei Monaten des Jahres um rund 67 Millionen Euro über Plan. Davon profitieren auch die Gemeinden, die bereits 2025 Mehreinnahmen von rund zwei Prozent (37,3 Millionen Euro) verzeichnen konnten.

LH Stelzer: „Das ist eine Momentaufnahme“

Für Landeshauptmann Stelzer ist das zunächst einmal „eine gute Nachricht“. Dass nun aber im Land und in den Gemeinden sinngemäß Milch und Honig fließen, sei ein Irrglaube. Für Stelzer handelt es sich um eine „Momentaufnahme“, er mahnt zur Vorsicht – gerade weil auch die Gemeinden stark von den Ertragsanteilen abhängen.

Zwei Warnsignale

Stelzer sieht zwei Warnsignale, die darauf hindeuten, dass die Einnahmen nicht dauerhaft über Plan sprudeln werden: Zum einen erwarte die Nationalbank für dieses Jahr nur noch rund 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Zum anderen sei die Inflationsprognose auf 2,7 angehoben worden – Tendenz steigend.

„Es wird schwieriger mit den öffentlichen Einnahmen. Das Wichtigste ist, dass wir den Wirtschaftskreislauf so gut wie möglich in Schwung halten. Es nutzt nichts, über die geringeren Einnahmen zu jammern. Wir müssen schauen, die Wertschöpfung nach oben zu bringen. Hier haben wir in Oberösterreich einen Vorteil, weil wir in den vergangenen Jahren bereits daraufgesetzt haben“, ist Stelzer überzeugt.

Das Land hat die Sicherheits-Allianz ins Leben gerufen

LR Achleitner bei einer Diskussion im Europa-Café

„Mit der Sicherheits-Allianz setzen wir einen Schwerpunkt in der Weiterentwicklung unseres Wirtschafts- und Technologiestandorts. Wir bündeln Kompetenzen, schaffen Vernetzung und unterstützen Unternehmen dabei, neue Marktchancen im Sicherheitsbereich zu erschließen“, betonte Europa-Landesrat Markus Achleitner bei der Diskussion.

Die Allianz verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der militärische, wirtschaftliche, zivile und geistige Aspekte umfasst. Es geht um den Schutz kritischer Infrastrukturen, die Versorgungssicherheit, die Verteidigung demokratischer Werte sowie die Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Forschung und Innovation spielen dabei eine zentrale Rolle.

Heimische Unternehmen verfügen über exzellentes Know-how in Schlüsselberei-

chen wie Automotive, Maschinenbau, Cybersecurity und

Werkstofftechnik. Die Sicherheits-Allianz OÖ schafft die

Plattform, um diese Potenziale gezielt zu heben.



Sonja Kiesel, EUROPE DIRECT OÖ, Europa-LR Markus Achleitner, Obstlt Mag. Markus Oppitz, Presseoffizier MilKdo OÖ, und Mag.ª Brigitte Rudinger, EUROPE DIRECT OÖ.

Foto: Land OÖ/Denise Stinglmayr

LR Dörfel fordert Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre

„Härte allein reicht nicht. Wir müssen auch an den Ursachen arbeiten und Jugendlichen Perspektiven bieten.“

LR Christian Dörfel

Angesichts deutlich steigender Zahlen bei der Jugendkriminalität spricht sich Oberösterreich wiederholt für eine Absenkung der Strafmündigkeit aus. Besonders im Bereich der unter 14-Jährigen zeigt sich ein deutlicher Handlungsbedarf.

„Unser Rechtsstaat darf nicht zusehen, wenn immer jüngere Täter strafbare Handlungen begehen, ohne dass es spürbare Konsequenzen gibt. Wir brauchen klare Grenzen und wirksame Instrumente – daher ist eine Absenkung der Strafmündigkeit ein notwendiger Schritt. Gleichzeitig gilt: Strafmündig zu sein bedeutet, das Unrecht seiner Tat einzusehen – auch 13-Jährigen muss klar sein, was erlaubt ist und was nicht. Wenn es keine Konsequenzen gibt, wird dieses Verständnis nicht entstehen“, betont Jugend-Landesrat Dr. Christian Dörfel.



Jugend- und Integrations-LR Dr. Christian Dörfel.

Foto: Land OÖ/Daniela Sternberger

Gezielt werden präventive Maßnahmen ausgebaut. Dazu zählen unter anderem Gewaltpräventions-Workshops, Werte-Coachings sowie die Weiterentwicklung von Jugendangeboten, um insbesondere gefährdete junge Menschen frühzeitig zu erreichen.

Kranzniederlegung zum 160. Geburtstag von LH a. D. Johann Nepomuk Hauser

Johann Nepomuk Hauser gehört zu den prägenden Persönlichkeiten der oberösterreichischen und österreichischen Geschichte an der Schwelle von der Monarchie zur Republik. Er übernahm Verantwortung auf Landes- wie auf Bundesebene und trug maßgeblich dazu bei, den Übergang von der Habsburger Monarchie zur Ersten Republik friedlich und verantwortungsvoll zu gestalten. Der Hauserhof gegenüber dem Landes-Dienstleistungszentrum erinnert heute an den ersten Landeshauptmann des demokratischen Oberösterreichs.

Anlässlich seines 160. Geburtstages legte Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer in Wilhering einen Kranz zum Gedenken nieder.

Dabei betonte Stelzer: „Johann Nepomuk Hauser war eine zentrale Persönlichkeit in einer Zeit großer Umbrüche. Vor allem nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hat er Verantwortung für unser Land und seine Menschen übernommen. Als erster Landeshauptmann Oberösterreichs hat er entscheidend dazu beigetra-



LH Mag. Thomas Stelzer würdigte die Leistungen von LH a. D. Johann Nepomuk Hauser.

Foto: Land OÖ/Max Mayrhofer

gen, das Land ob der Enns in ein modernes, demokratisches Oberösterreich zu führen.“

Johann Nepomuk Hauser wurde am 24. März 1866 in Kopfung geboren und wuchs in Natternbach auf, wo er auch

die Volksschule besuchte. Nach dem Gymnasium in Linz studierte er und wurde 1889 zum Priester geweiht. Am 14. Juni 1899 zog Hauser in den Oberösterreichischen Landtag ein, dem er bis zu seinem Tod un-

terbrochen angehörte. Zum Landeshauptmann wurde er erstmals am 4. Mai 1908 von Kaiser Franz Josef ernannt. Er starb am 8. Februar 1927 und ist in der Äbtgruft des Stiftes Wilhering bestattet.

LR Winkler fordert rasche Umsetzung des Social Media-Verbots für unter 14-Jährige

„Der Schutz von Kindern muss Vorrang vor den Geschäftsinteressen internationaler Plattformen haben.“

LR Martin Winkler

„Wir lassen zu, dass Digitalkonzerne mit ihren undurchsichtigen Algorithmen gezielt

Aufmerksamkeit binden, Abhängigkeit verstärken und junge Menschen mit problematischen Inhalten konfrontieren. Damit ist jetzt bald Schluss – und das ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt. Ich freue mich, dass hier endlich konsequent gehandelt wird“, stellt Kinderschutz-Landesrat Mag. Martin Winkler klar, der weiters betont: „Kinder brauchen Schutzräume und keine Algorithmen, die sie immer tiefer in eine digitale Dauerschleife ziehen. Wer es mit Jugendschutz ernst meint, darf

hier nicht länger zögern.“ Kritisch sieht Winkler, dass in der Vergangenheit zu oft auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Plattformen gesetzt wurde.

„Die Realität zeigt: Freiwilligkeit funktioniert nicht. Es braucht klare gesetzliche Regeln und wirksame Kontrollen. Alles andere ist ein Wegschauen auf Kosten unserer Kinder.“

Gleichzeitig fordert Winkler eine konsequente Umsetzung ohne Aufweichung: „Jetzt kommt es darauf an, dass das Verbot nicht verwässert wird. Es braucht klare Altersgren-

zen, effektive Überprüfungssysteme und echte Konsequenzen bei Verstößen.“ „In Oberösterreich setzen wir seit Jahren konsequent auf Prävention und Aufklärung – etwa mit Workshops, die Kinder und Jugendliche im sicheren Umgang mit Social Media stärken und für Risiken im Netz sensibilisieren. Es ist essenziell, dass wir dieses bewährte Angebot gezielt weiter ausbauen, um Medienkompetenz frühzeitig zu fördern und junge Menschen bestmöglich zu begleiten“, betont Winkler.

Landtagsdelegation besuchte Georgia und Alabama

Der Bundesstaat Georgia im Südosten der USA mit rund elf Millionen Einwohner/innen ist eine Partnerregion von Oberösterreich im Verband der Powerregionen. Vor allem der Zentralraum rund um die Hauptstadt Atlanta zeichnet sich durch eine sehr hohe Wettbewerbsfähigkeit und zahlreiche Firmenansiedlungen aus. Stark vertreten sind die Bereiche Automotive und Luftfahrt.

„Zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und öffentlichen Organisationen zeigen auf, wo wir besser werden können, machten aber auch die Stärken unserer heimischen Systeme sichtbar. Inspirationen von anderen erfolgreichen Regionen sind immer willkommen“, berichtet Landtagspräsident Max Hiegelsberger.

Sowohl in Georgia als auch im Nachbarbundesstaat Alabama,



Dritter LT-Präs. Peter Binder, Botschafterin DDR.ⁱⁿ Petra Schneeberger, Commissioner of the Georgia Department of Economic Development Pat Wilson, Zweite Präs.ⁱⁿ Sabine Binder und LT-Präs. Max Hiegelsberger.

Foto: Land OÖ/Karl-Heinz Schaurhofer

einem Zentrum der Luftfahrt und Weltraumtechnologie, wur-

de ersichtlich, dass die einzelnen Regionen der Vereinigten

Staaten ein fokussiertes Wirtschaftsprogramm verfolgen.

Das neue digitale Tor zum Land OÖ

Das neue Portal, **mein.ooe.gv.at**, richtet sich an Privatpersonen, Unternehmen, Vereine und Gemeinden. Ziel ist es, Verwaltungsleistungen moderner, schneller und nutzerfreundlicher anzubieten – und den Kontakt mit dem Land Oberösterreich deutlich zu vereinfachen.

Für mehr als 800 Anliegen

Insgesamt sind auf **mein.ooe.gv.at** mehr als 800 Anliegen aus allen Bereichen der Landesverwaltung verfügbar; etwa ein Drittel davon betrifft Förderungen. „Das ist der nächste Schritt in der konsequenten Digitalisierung des Förderwesens im Landesdienst“, betont Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer. Das Portal ist 24



Stunden am Tag* sieben Tage die Woche verfügbar.

„Bereits heute werden von den zehn am stärksten nachgefragten Förderungen des Landes 75 Prozent digital abgewickelt“, berichtet Landesamtsdirektor Mag. Thomas Schäffer. Viele Daten müssen – dank Möglichkeit zur Anmeldung mit ID Austria – nicht mehr jedes Mal neu eingetragen werden. Weniger Eingaben sind nötig.

Mein OÖ Portal
Digital.
Einfach.
Serviceorientiert.
mein.ooe.gv.at

ober
österreich

Grafik: Land OÖ

Zentrum für Biodiversität in Schmiding präsentiert Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten

Das Zentrum widmet sich der Vielfalt des Lebens in all seinen Facetten und macht deutlich, wie eng Mensch und Natur miteinander verbunden sind. Biodiversität umfasst dabei nicht nur die Vielzahl an Tier- und Pflanzenarten, sondern auch die genetische Vielfalt innerhalb dieser Arten sowie die unterschiedlichen Lebensräume.

„Diese Eröffnung ist als Auftrag zu verstehen, unsere Natur zu schützen, die Vielfalt des Lebens zu erhalten und Verantwortung für kommende Generationen zu übernehmen.“

LH-Stv. Manfred Haimbuchner



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Museums-Ltr. Dr. Wolfgang Artmann.

Foto: Land OÖ/Daniel Kauder

„Diese Vielfalt ist kein abstrakter Begriff, sondern die Grundlage unseres täglichen Lebens. Sie ist es, die unsere Lebensmittel sichert, die uns Rohstoffe liefert, die unsere Landschaft prägt und die

unser Leben überhaupt erst möglich macht“, betont Naturschutzreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Die Besucher/innen erhalten unter anderem Einblicke

in das Zeitalter der Dinosaurier und werden dazu angeregt, sich aktiv mit dem Schutz der Umwelt auseinanderzusetzen. Das ist ein Ort, der uns staunen lässt, uns aber auch zum Nachdenken bringt.

Mehr Verkehrssicherheit durch Wildwarner im Bezirk Rohrbach

Das Land Oberösterreich setzt einen weiteren wichtigen Schritt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bezirk Rohrbach: Entlang der L1511 Herzogsdorfer Straße, der L1512 Haslacher Straße sowie der L1513 Niederwaldkirchener Straße wurden akustische und

optische Wildwarner installiert. Die modernen Wildwarner aktivieren durch Lichtreflexionen sowie hochfrequente Töne Warnsignale für Wildtiere.

Die Anschaffung und Montage der Wildwarner erfolgte in enger Kooperation zwischen der Jagdgesellschaft Niederwaldkirchen, dem Landesjagdverband und dem Land. „Diese partnerschaftliche Zusammenarbeit stellt einen wichtigen Beitrag zur regionalen Verkehrssicherheitsarbeit dar“, betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.



Entlang der L1511 Herzogsdorfer Straße, der L1512 Haslacher Straße und der L1513 Niederwaldkirchener Straße wurden akustische und optische Wildwarner installiert.

Foto: Jagdgesellschaft Niederwaldkirchen



Infrastruktur-LR Mag. Günther Steinkellner

Faktoren, die zu Wildunfällen führen, sind unter anderem die Futtersuche nach der winterlichen Fastenzeit, aber auch der Fortpflanzungstrieb und Revierkämpfe. Sie führen zu erhöhter Mobilität der Tiere.

Vergabe der Staatsbürgerschaft soll teurer und strenger werden

LH-Stv. Haimbuchner möchte die Wartezeit verlängern und die Gebühren anheben



Foto: @PeterTogel – stock.adobe.com

Bis auf Ausnahmen von EU- oder EWR-Bürger/innen soll die Wartezeit künftig 15 Jahre betragen. Und die derzeitige Bearbeitungsfrist für Staatsbürgerschaftsanträge soll von sechs Monaten auf ein Jahr verlängert werden. Eine Ver-

gabe an Asylwerber/innen und Asylberechtigte lehnt Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner generell ab. „Asyl bedeutet Schutz auf Zeit – am Ende dieser Zeit ist die betroffene Person angehalten, Österreich wieder zu verlassen.“

Das Hoch bei der Zahl der Einbürgerungen würde sich auch in der Verwaltung niederschlagen, die mit dem gleichen Personal auskommen muss. Waren es in den Jahren 2021 und 2022 jeweils um die 1.000, so lagen diese 2025 bei 2.653.

Haimbuchner möchte daher in die Landesabgabenverordnung eingreifen und die Gebühren erhöhen.

Derzeit kostet eine Staatsbürgerschaft rund 2.000 Euro

Derzeit kostet eine Staatsbürgerschaft rund 2.000 Euro. 1.126 Euro sind an den Bund zu zahlen, 864 Euro an das Land, der Rest sind Gebühren. Haimbuchner schlägt vor, den Landesanteil auf mindestens 1.200 Euro zu erhöhen.

„Die Staatsbürgerschaft muss am Ende eines erfolgreichen Integrationsweges stehen, eines Weges, der zeigt, dass Menschen nicht nur unsere Sprache beherrschen, sondern auch unsere Werte verinnerlicht haben und unsere Kultur achten. Deshalb sind besonders strenge Maßstäbe bei der Verleihung heranzuziehen, denn unsere Staatsbürgerschaft ist ein Bekenntnis und ein Versprechen gegenüber unserem Land und seinem Volk“, gibt Haimbuchner zu bedenken.

Rund 22.000 Jäger/innen engagieren sich im Bundesland

Die Jagd ist in Oberösterreich tief verwurzelt – sie ist verantwortungsvolle Tradition und Leidenschaft. Sie ist eng mit Natur und Region verbunden und ein Garant für hochwertige regionale Lebensmittel.

Ein vorausschauendes Wildmanagement gewinnt weiter an Bedeutung

Rund 22.000 Jäger/innen haben die Verantwortung in ihren Revieren, sorgen für ausgewogene Wildbestände, leisten einen wichtigen Beitrag

zum Schutz junger Wälder und tragen damit wesentlich zur Stabilität unserer Kulturlandschaft bei. Gerade in Zeiten klimatischer Veränderungen gewinnt ein vorausschauendes Wildmanagement weiter an Bedeutung.

Neben ihrer ökologischen Funktion ist die Jagd auch Produzent von feinstem, regionalem Wildbret. Reh, Hirsch oder Wildschwein stehen für natürliche Herkunft, kurze Transportwege und nachhaltige Nutzung. Wildbret ist ein

hochwertiges Lebensmittel – frisch, regional verfügbar und ein wichtiger Bestandteil der heimischen Esskultur.

„Die oberösterreichische Jagd steht damit für Verantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette – vom Lebensraum über die Hege des Wilds bis zum Teller. Sie ist ein unverzichtbarer Teil des ländlichen Raumes und trägt zur regionalen Identität ebenso bei wie zur Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln“, betont Jagd-Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

„Die Jagd ist weit mehr als ein Brauchtum – sie ist gelebte Verantwortung für unsere Natur, unsere Wälder und unsere Kulturlandschaft.“

LRⁱⁿ Michaela Langer-Weninger

RAINBOWS hilft Kindern und Jugendlichen in stürmischen Zeiten

Beim Antrittsbesuch der RAINBOWS-Leitung bei Kinderschutz-Landesrat Mag. Martin Winkler stand die enge Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich im Mittelpunkt. Gemeinsam wird daran gearbeitet, Kinder und Familien in schwierigen Zeiten bestmöglich zu begleiten.

Wenn sich Eltern trennen oder ein nahestehender Mensch stirbt, geraten Kinder und Jugendliche oft in eine emotional belastende Ausnahmesituation. Der Verlust von Vertrautem und Sicherheit stellt sie vor große Herausforderungen. „Genau hier setzt die Arbeit von RAINBOWS an. Im Mittelpunkt stehen stets die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen. In

geschützten Gruppen erhalten sie die Möglichkeit, ihre Ge-

fühle auszudrücken und eine neue Stabilität zu gewinnen“;

berichtet Winkler. www.rainbows.at



GFⁿ Mag.^a Dagmar Bojdunyk-Rack, LR Mag. Martin Winkler und Landesleiterin Daniela Schneeberger, MA BEd.

Foto: Land OÖ/Daniel Kauder

2025 erhielt der Verein für den laufenden Betrieb eine Förderung in der Höhe von 150.000 Euro.

Oö. Preisaufsicht schaut den Tankstellen jetzt verstärkt auf die Finger

„Ich lasse genau hinschauen. Und zwar nicht am Schreibtisch, sondern draußen bei den Tankstellen.“

LR Stefan Kaineder

Der erste Zwischenstand der Preisbehörde bringt eine klare Nachricht: Bei 171 kontrollierten Tankstellen gab es im März keine Beanstandungen. Auch die Meldungen an den Spritpreisrechner waren überall aktuell. Zusätzlich wurden Daten mit der E-Control abgeglichen. Die Schwerpunktkontrollen werden im April fortge-

setzt. Dann wird auch sichtbar werden, ob die Spritpreispbremse bei den Menschen ankommt.

Für Landesrat Stefan Kaineder ist damit aber nicht alles gut. Denn dass an den Tankstellen korrekt angeschrieben wird, macht das Tanken noch lange nicht leistbar. „Die Preise steigen wegen der angespannten Weltlage und wegen eines Präsidenten im Weißen Haus, der mit seinem Kriegskurs im Nahen Osten die Märkte völlig durcheinanderbringt. Das trifft die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher direkt. Umso wichtiger ist: Wenigstens vor Ort darf niemand versuchen, aus dieser Lage noch extra Profit zu schlagen.“



LR Stefan Kaineder.

Foto: Land OÖ/Werner Dedi